

Differenzen gekommen sei wegen der politischen Haltung Erzberger, insbesondere hinsichtlich der Friedensresolution.

Ich habe ihm wegen dieser seiner politischen Haltung wiederholt kritische Vorhaltungen gemacht. Er lehnte aber irgend eine Änderung seiner Stellungnahme ab.

Es hat mir durchaus Achtung abgenötigt, daß Herr Erzberger seine Ansichten, die er einmal geäußert hatte, nicht änderte.

Weiter war von Helfferich Erzberger vorgeworfen worden, daß er in der Frage der Ruhrfrage nach seinem Ausscheiden aus dem Reichskongress anderer Auffassung gewesen wäre wie früher.

Ich halte einen solchen Nachsatz für ausgeschlossen. Nach meiner ganzen Kenntnis seines Charakters halte ich Erzberger einer solchen Handlungsweise nicht für fähig.

Daß auch nach dem Ausscheiden Erzbergers aus dem Reichskongress — wiederum entgegen den Behauptungen im Prozess — freundschaftliche Beziehungen bestanden haben, bestätigt Thyssen durch folgende Worte:

Ruch nach dem Ausscheiden Erzbergers aus dem Kongress sind noch mehrfach zwischen mir und ihm Briefe gewechselt und auch durch Bekannte, die den anderen besuchten, Grüße ausgetauscht worden.

Diese sachlichen Feststellungen dürften angesichts der Tendenz, mit welcher man diesen ganzen Prozess zu umkleiden sucht, nicht ohne Bedeutung sein.

Noch ist Schleswig nicht verloren!

Ein Mitarbeiter aus Nordschleswig schreibt mit: Es ist nicht wahr, das Wort, das jetzt in allen Zeitungen wiederholt Nordschleswig sei verloren! Es ist nicht wahr!

Wichtig ist mir, daß sich unter einem Druck der Verhältnisse, über die noch zu sprechen sein wird, unter einem Druck namentlich aber auch einer höchst ungerechten Wahlkreisverteilung und einer damit in Verbindung stehenden offenkundigen Benachteiligung der Deutschen eine sächsische Wehrmacht in der ersten Zone sich gebildet hat.

Mit diesem Ergebnis, daß in jenem norddeutschen Distrikt sich schließlich eine Mehrheit für den Anschluß an Dänemark zeigen würde, hätte man zu rechnen müssen. Aber diese Entscheidung bedeutet noch lange nicht einen Verlust Nordschleswigs, noch lange nicht eine dauernde Trennung.

Dennoch dürfen wir nicht von einem Verlust Schleswigs reden. Gerade die eben entwickelten Umstände zeigen vielmehr, daß die Gestalt noch lange nicht aufgegeben zu werden braucht, daß wir trotz allem wieder in dieses, jetzt den Dänen zufallende Gebiet, den bestimmenden deutschen Einfluss vorzuarbeiten werden.

Änderung des Friedensvertrages?

Amsterdam, 13. Februar. Wie die englischen Blätter melden, sagte Lord Curzon in seiner Rede im Oberhaus über den Friedensvertrag, die Zeit werde kommen, ob seine Urheber recht oder unrecht gehandelt haben.

Amsterdam, 13. Februar. Laut Telegramm erklärte bei der Debatte betreffend eine Abänderung des Friedensvertrages Lord Robert Cecil, wahrscheinlich müßten aber früher oder später einige Bestimmungen des Vertrages abgeändert werden.

Basel, 13. Februar. Wie der „Baseler Nationalzeitung“ und Paris gemeldet wird, ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß nach der Erklärung Lord Curzons England, Amerika und Italien in der Anwendung des Versailler Vertrages den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen wollen und daß Frankreich dieser Strömung nicht folgen müssen.

Weitere Auslieferungsforderungen

Brüssel, 13. Februar. Eine Berliner Depesche des „Corriere della Sera“ meldet, daß in Paris gurgelt die weiteren Auslieferungsforderungen an Deutschland festgestellt wurden.

Volle Übereinstimmung im Obersten Rate

London, 13. Februar. Der Oberste Alliiertenrat trat gestern in Downingstreet zusammen; zugegen waren Lloyd George, Millerand, Ritti und Curzon.

Die Antwort an Holland

London, 13. Februar. In der heutigen Vormittagsitzung des Obersten Rates wurde die Antwort an die holländische Regierung bezüglich der Auslieferungsforderung des vormaligen Reiches beraten.

Das Schwert ist zerbrochen! Der Stummzettel die Waffe im Grenzland! Ob Deine Grenz-Spende für die Volksabstimmungen auf Postkonto Berlin 73776 oder auf Deine Bank! Deutscher Schulbund, Berlin NW52

Entwaffnung Deutschlands

Paris, 13. Februar. Vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist gestern wiederum General Nibel erschienen, um Erklärungen über die deutsche Armee zu geben.

Ein Beschluß des internationalen Bergarbeiterkongresses

Brüssel, 13. Februar. Der internationale Bergarbeiterkongress hat eine Tagesordnung angenommen die besagt: Angesichts der wiederholten Weigerungen der französischen Regierung, die gemäßigten Forderungen der Bergarbeiter nach Revision des Ventosegesetzes anzunehmen, macht es der Kongress allen Bergarbeitern der Kohle erwerbenden Länder zur Pflicht, sich jeder Wehrleistung an Frankreich gegenüber der jetzigen Forderung zu widersetzen.

Kundgebungen gegen die Auslieferung

Brüssel, 13. Februar. Beim Reichspräsidenten laufen auch weiterhin täglich aus allen Volksteilen zahlreiche Kundgebungen gegen das Auslieferungsgesetz des Verbandes ein.

Zur Abfragefrage

Basel, 13. Februar. Aus Nam wird gemeldet: Großes Aufsehen erregt in ganz Italien eine Veröffentlichung der „Idea Nazionale“ zur Abfragefrage.

Ungarn verlangt Volksabstimmung

Paris, 13. Februar. Die ungarische Delegation überreichte am Donnerstag nachmittag dem Sekretariat der Friedenskonferenz eine lange Note mit den Bemerkungen Ungarns zu den Friedensbedingungen der Alliierten.

Wien, 13. Februar. Wie die Blätter aus Budapest erfahren, spielen die von dem ungarischen Minister des Auswärtigen angelegentlich vorgeschlagenen Oesterreich darin, daß sich Ungarn bereit erkläre, die Verpflegung Oesterreichs für längere Zeit vollständig zu übernehmen, wenn Oesterreich auf die Annexion Deutsch-Oesterreichs verzichtet sollte, für das Ungarn eine territoriale Autonomie auf breiter Grundlage bietet.

Holländische Hilfe für das rheinische Industriegebiet

Rotterdam, 13. Februar. Der „Nieuwe Rotterdam. Cour.“ meldet, daß mit dem niederländischen Volkswirtschaftsminister über eine zweijährige Milchversorgung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes Verhandlungen stattfinden.

Der Zugverkehr mit Danzig

Danzig, 13. Februar. Wie die Eisenbahndirektion Danzig mitteilt, haben Vertreter der polnischen Eisenbahn-, Post- und Militärverwaltung gestern erklärt, den Verkehr auf der Strecke Danzig-Breslau nicht zu hervorn. Sie sind aber bereit, falls die zu erwartende Zustimmung aus Warschau eintrifft, vom 15. d. Mts. ab bis zur Beendigung der Danziger Messe alltäglichen einen Sonderzug von Berlin über Königsberg nach Danzig und zurück verkehren zu lassen.

Wirtschaftspläne für das Erntejahr 1920

Berlin, 13. Februar. Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium nahm zu den Wirtschaftsplänen des Reichswirtschaftsministeriums für das kommende Erntejahr endgültig Stellung.

Berlin, 11. Februar. Den „Berl. Polit. Nachr.“ zufolge hat der Reichsverband der deutschen Industrie beschlossen, den Reichswirtschaftsrat nicht zu beistimmen, wenn die Art der Zusammenlegung nach den Beschlüssen des Reichsrates bestehen bleiben sollte.

Berlin, 14. Februar. In dem Wirtschaftsplan für 1920/21, nach welchem die Zwangswirtschaft für Getreide und Kartoffeln beibehalten wird, bemerkt das „Berl. Tagebl.“, man mag die Fortdauer des Zwanges auch in der jetzigen Einschränkung bedauern, aber man wird sich damit einverstanden erklären müssen, um nicht unabsehbare Gefahren für die Volksernährung heraufzubekommen.

Wie die „Deutsche Allg. Zig.“ erklärt, sind an die Vblieferer folgende Mindestpreise für die Dauer der Zwangswirtschaft vorgeschrieben: Weizen 80 M., der Feinster gleich 1000 M., die Tonne, Roggen 45 M., der Feinster gleich 900 M., die Tonne, Gerste und Hafer 40 M., der Feinster gleich 800 M., die Tonne, Kartoffeln 25 M., der Feinster gleich 300 M., die Tonne.

Vereinbarung im Baugewerbe

Berlin, 13. Februar. Die seit mehreren Monaten bestehenden Lohnkürzungen sind in erneuter Verhandlung vom 13. Februar 1920 im Reichsarbeitsministerium unter der Leitung des Stadtschulz Dr. Hiller-Kantusch a. R. beigelegt worden.

Die Einberufung der Nationalversammlung

Berlin, 13. Februar. Präsident Feilerbach beschäftigt laut „Deutscher Allg. Zeitg.“ die Nationalversammlung zum 24. d. Mts. einzuberufen. Sollte bis dahin das Material zur Auslieferungsforderung noch nicht so vollständig vorliegen, daß es zum Gegenstande der Verhandlungen gemacht werden kann, so wird die Nationalversammlung in der Erledigung der laufenden Sachen fortfahren.

Vertagung des Kessel-Prozesses

Berlin, 13. Februar. Der Kessel-Prozess wurde wegen schwerer Erkrankung des Angeklagten auf unbestimmte Zeit vertagt. Der Vorsitzende teilte mit, daß neulich während der Vernehmung des Professors Lortz ihm sein grauer Olfiziersberging durch zwei Messerstücke beschädigt worden sei.

Kleine Nachrichten

Die preussische Regierung hat durch Erlass vom 4. Februar der Regierungsdirektor Grafen von Prühl zum Landrat in Allenstein ernannt. Graf Prühl ist seit langen Jahren der erste Katholik der dieses Amt bekleidet.

London, 13. Februar. Der Kriegsminister erhielt die Bestätigung der Nachricht, daß Admiral Koltzschal und sein Premierminister Pelairam am 7. Februar auf Befehl des Zerstörerrevolutionären Militäranschlusses erschossen worden sind.

Berlin, 14. Februar. Nach einer Meldung des „Berl. Vol.“ wird aus London berichtet, daß Kapitän zur See Curzon eine Anfrage an den ersten Lord der Admiralität angehängt hat, wann der erste Teil des Regierungserlasses über die Schlacht bei Jütland erörtert werden soll und ob irgend welche deutschen amtlichen Berichte vorhanden seien und wann diese veröffentlicht werden würden. Bei ungenügender Antwort soll energisch gegen die Admiralität vorgegangen werden.

Nachrichten aus Sachsen

Auslandsschäden der Inlandsdeutschen

Nach einer Mitteilung der Handelskammer Dresden ist in einer von der Handelskammer Leipzig einberufenen Versammlung von Handelskammer- und Interessentenvertretern, insbesondere der sächsischen und thüringischen Bezirke, heute die formelle Errichtung der Zweigstelle Leipzig des Verbandes der im Auslande geschädigten Inlandsdeutschen E. V. vollzogen worden.